

Gesprächstermin mit Vertretern des LV Saar bei Minister Hecken

Am 3.4. trafen sich Harry Sauer, Alfred Giesen und Ursula Steffen mit Minister Hecken um den **Sachstand bezüglich der Re-Kommunalisierung der LMÜ im Saarland** beim Ministerium direkt zu erfragen und zu diskutieren.

In einem langen und ausführlichen Gespräch mit Herrn Hecken wurden folgende Punkte erörtert:

1. Zeitschiene einer möglichen Re-Kommunalisierung

Herr Hecken bedauerte, dass erst kurz vor der Sommerpause über das Gesamtpaket „Hesse-Gutachten“ entschieden wird, und erst danach eine Festlegung Re-Kommunalisierung „ja oder nein“ erfolgen kann.

2. Flächendienststellen bleiben erhalten

Eine parlamentarische Entscheidung zugunsten des Modells Hecken würde -so der Minister- beinhalten, dass die Flächendienststellen erhalten bleiben, Räumlichkeiten vom Land beim Kreis angemietet oder landeseigene Gebäude zur Verfügung gestellt werden.

Über Organisationsstrukturen im Detail werde z.Zt. nachgedacht, aber es gäbe noch keine Festlegung.

3. Keine finanzielle Schlechterstellung der LMK

Der Minister betonte, dass er ein großes Interesse daran habe, dass die z.Zt. im Dienst befindlichen Kontrolleurinnen und Kontrolleure auch dem Landesamt zur Verfügung stehen würden (**Angliederung an das LSGV**).

„Es mache keinen Sinn, mit überwiegend neuen Leuten anzufangen“, so Herr Hecken. Er garantiere, dass bei der vertraglichen Eingruppierung der Angestellten und bei der Übernahme der Beamten keine finanziellen Nachteile entstünden. Eine Festlegung hinsichtlich der Wochenarbeitszeit beim Land könne er z.Zt. allerdings nicht machen.

4. Rotationsprinzip

Angedacht sei diesbezüglich nicht, dass die LMK ständig ihren Dienstort wechseln müssten. Gemeint sei, dass Bezirkswechsel oder Zuständigkeiten für Großbetriebe in bestimmten Zeitabständen auf den Prüfstand gestellt werden müssten, aber auch im Einzelfall die Möglichkeit bestehen sollte, Sonderaktionen Landkreis übergreifend durchführen zu können.

5. Nutzung des privateigenen PKW zu Dienstfahrten

Hier wolle und könne er -Hecken- keine definitive Zusage machen, dass zukünftig der Privat-PKW nicht zu Dienstfahrten genutzt werden müsste.

Die Problematik, die in diesem Thema liegt, wurde von Seiten des Landesverbandes ausführlich dargelegt:

- Beamte-Angestellte
(Beamte können nicht verpflichtet werden, ihr Fahrzeug zu Dienstfahrten zur Verf. zu stellen)
- Anschaffung eines Zweitwagen im Einzelfall
- Finanzieller Mehraufwand bei Privat-Leasing-Verträgen
- Benzinpreis/Reisekostenrecht
- Auflösung von Fahrgemeinschaften
- Finanzielle Schlechterstellung der Kontrolleure pp.

Die Möglichkeiten des **Behörden-Leasings** wurden erläutert.
Letztendlich zeigte sich der Minister offen, dieses Thema ggf. neu zu bewerten, wenn die Re-Kommunalisierung beschlossen wird.

6. Benennen von Teamleitern/Abteilungsleitern

Sollten neue Organisationsformen zum Tragen kommen, wird es solche Funktionen geben müssen, so der Minister!

7. Bußgeldstelle

Auch die Einrichtung einer landesweiten Bußgeldstelle oder auch eine Kooperation mit den Landkreisen sei planerisch bedacht worden.

Letztendlich wurde von Seiten der Vorstandschaft insbesondere auf die Dringlichkeit einer ministeriellen Entscheidung für oder gegen eine Re-Kommunalisierung hingewiesen, da es zur Zeit bei Neueinstellungen, Anschaffung von Dienstfahrzeugen und v.a. hinsichtlich des Personalstandes landesweit (30 LMK's – so wenig wie noch nie!) bei einigen Landkreisen die Problemlösungen auf „Eis liegen“!

Harry Sauer
1. Vorsitzender